

Klinterklater

Braunschweig

Nr. 3/2005

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2005

Ausverkauf der Stadt geht weiter: Stadtentwässerung wird privatisiert

Nun ist es doch geschehen: Trotz vieler Proteste hat der Rat der Stadt mit seiner CDU/FDP-Mehrheit beschlossen, die Stadtentwässerung zu privatisieren.

Die Versorgung mit Gas, Strom und Wasser erfolgt in Braunschweig durch BS-Energy. Dieses Unternehmen gehört mehrheitlich dem französischen Konzern Veolia. Dagegen gehörte die Ableitung des Schmutz- und Regenwassers bisher noch in die Verantwortung der Stadt Braunschweig und des Abwasserverbandes, der die Kläranlage und die Abwasserreinigung in Watenbüttel betreibt. Ein Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum bescheinigte der Stadtentwässerung effiziente Aufgabenerledigung: die Abwasserbeseitigung in Braunschweig ist vorbildlich.

Dennoch beschloss der Rat der Stadt Braunschweig mit seiner Mehrheit aus CDU und FDP in einer Sondersitzung im November, die Abwasserbeseitigung zu privatisieren – gegen den Widerstand der Opposition und einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern. Vorausgegangen war ein Bieterverfahren, bei dem mehrere Angebote eingingen. Den Zuschlag erhielt das Unternehmen Veolia – mit der Option, auch die Abwasserentsorgung auf BS-Energy zu übertragen.

Inhalt des Beschlusses: Die Mitarbeiter der Stadtentwässerung behalten ihre Aufgaben, bekommen aber einen neuen Arbeitgeber. Das Kanalnetz wird Veolia auf 30 Jahre zur Nutzung übertragen und muss von ihr gepflegt und gewartet werden. Danach fällt das Kanalnetz an die Stadt zurück. Wurden Neuinvestitionen getätigt, muss eine entsprechende Entschädigung gezahlt werden.

Das Privatunternehmen pachtet also sozusagen die Nutzungsrechte am Kanalnetz, übernimmt die Abwasserentsorgung und kassiert dafür die Gebühren. Und hierfür zahlt das Unternehmen der Stadt einen einmaligen Betrag von 238 Millionen Euro!

Veolia sieht trotz dieses hohen Preises noch hinreichende Gewinnmöglichkeiten. Die Frage ist, warum die Stadt nicht genauso



Die Kläranlage in Watenbüttel ist das Herzstück der Stadtentwässerung Braunschweigs.
Foto: Alexander Gräbner

rationaler arbeiten und in entsprechendem Umfang die Gebühren senken könnte. Das wäre ja wohl die wichtigste Verpflichtung von CDU-OB Dr. Hoffmann. Und wenn schon privatisiert wird, wieso kann dann nicht wenigstens dieser Kaufpreis den Gebührenzahlern zugutekommen? Was hat denn der städtische Haushalt damit zu tun?

Außerdem wirft der Vorgang ein bezeichnendes Licht auf die Finanzpolitik Dr. Hoffmanns. Wenn man ein Leitungsnetz auf 30

Jahre verpachtet, ist es eigentlich üblich und korrekt, diese Pacht in Jahresraten zu entrichten, damit sie dem jeweiligen Haushalt zufließt. Dr. Hoffmann kassiert dagegen nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ jetzt alles auf einmal und stopft damit seine Haushaltslöcher. Wie seine Nachfolger ihre Haushalte ausgleichen, interessiert ihn nicht. Dass so etwas eine solide Haushaltspolitik sei, kann nicht einmal die CDU behaupten.

Es ist Zeit für einen Wechsel!

Bürgersprechstunden der SPD-Ratsfraktion

■ Die SPD-Ratsfraktion hat donnerstags von 16 – 17 Uhr die Bürgersprechstunde eingerichtet. Jede Woche – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, zur Verfügung. Eine Anmeldung oder Themenankündigung ist nicht notwendig.

Sie erreichen die SPD-Fraktion telefonisch unter 470-2211. Die Internetadresse lautet www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de.

Bürgersprechstunden der SPD-Landtagsabgeordneten

■ Die Landtagsabgeordneten Isolde Saalmann und Klaus-Peter Bachmann bieten Bürgersprechstunden im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG, an.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind:

► **Isolde Saalmann:**

- Montag, 23. Januar von 16 – 17 Uhr
- Montag, 20. März von 16 – 17 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann:**

- Donnerstag, 15. Dezember um 14.30 Uhr
- Donnerstag, 16. Februar um 14.30 Uhr

Das Märchen von der Haushaltssanierung

Hat die „Braunschweiger Zeitung“ schon den Kommunalwahlkampf eröffnet oder ging es darum, eine günstige Stimmung für die Privatisierung der Stadtentwässerung zu schaffen? Jedenfalls veröffentlichte das Blatt unter der Überschrift „Modell Braunschweig: Operation Haushalt“ eine ganzseitige Jubelarie darüber, wie CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann den Haushalt der Stadt Braunschweig saniert habe – durch Kürzung städtischer Zuschüsse, Abschalten der Straßenbeleuchtung, Sparmaßnahmen wie Schließung des Freizeit- und Bildungszentrums, Privatisierung und Stellenabbau. Kronzeuge für diese Entwicklung ist Dr. Hoffmann, der als Einziger in diesem Artikel zu Wort kommt. Der Artikel endet mit einer Übersicht, aus der hervorgeht, wie die Schulden der Stadt seit 2002 – dem Jahr der Amtsübernahme Dr. Hoffmanns – abgebaut wurden.

Nun kann man von einem Zeitungsredakteur nicht verlangen, dass er gleichzeitig Sachverständiger in der Beurteilung des Haushaltes einer Großstadt ist. Aber jedem sollte einleuchten, dass es für die Beurteilung eines Haushaltes – sowohl einer Stadt als auch eines Unternehmens oder eines privaten Haushalts – außer auf die Höhe der Schulden auch auf die Höhe des Vermögens ankommt, vor allem aber auch um den Vergleich zwischen laufenden Einnahmen und den laufenden Ausgaben. Und da stellt sich das Bild doch ganz anders dar.

Am einfachsten lässt sich die Vermögensbilanz beurteilen. Am 31.12.2001 betrug die Gesamtverschuldung der Stadt 468,7 Mio. Euro, wie die Zeitung richtig schreibt. Eine Angabe über den Vermögensstand fehlt leider. Aber man kann auf das städtische Vermögen schließen, wenn die Erlöse aus Vermögensverkäufen zurückgerechnet werden:

► Im Jahre 2002 wurden 74,9% der Anteile an der Braunschweiger Versorgungs-AG verkauft. Verkaufserlös: 425 Millionen Euro.

► Im Jahre 2002 wurden außerdem die Anteile der Stadt und die Anteile der städtischen Nibelungen-Wohnungsbau-AG an der GWK Wohnungsbau AG veräußert. Verkaufserlös: 12,1 Millionen Euro.

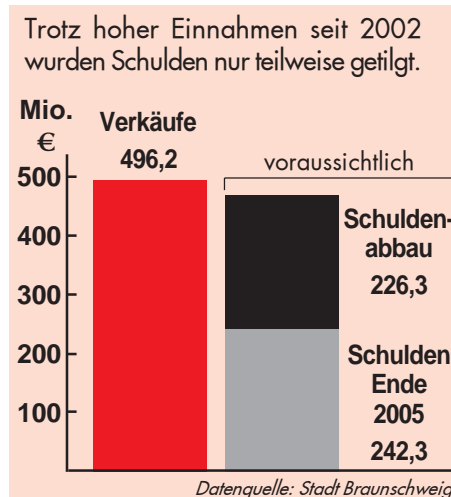
► Im Jahre 2003 wurden Anteile an der Deutschen Städte-Medien-GmbH veräußert. Verkaufserlös: 4,6 Millionen Euro.

► Im Jahr 2003 wurde ein 49%-Anteil an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH an die Stadtwerke Braunschweig GmbH übertragen. Verkaufserlös: 49 Millionen Euro.

► Im Jahr 2005 wurde das Seniorenzentrum „In den Rosenäckern“ verkauft. Verkaufserlös: 5,5 Millionen Euro.

Diese Erlöse zusammengestellt, standen zu Beginn der Amtszeit Dr. Hoffmanns den städtischen Schulden in Höhe von 468,7 Millionen Euro Vermögenswerte in Höhe von mindestens 496,2 Millionen Euro gegenüber. Das Vermögen überstieg die Schulden um wenigstens 27,5 Millionen Euro. Von der vielbeschworenen Pleite der Stadt konnte also im Jahre 2002 keine Rede sein.

Und wie sieht es zum Ende dieses Jahres aus? Die hohen Einnahmen aus Verkaufserlösen wurden nur teilweise zur Schuldentilgung verwendet, teilweise zum Haushaltsausgleich oder versickerten in Nebenhaushalten. Dem Schuldenstand von 242,3 Millionen Euro stehen jedenfalls keine neu geschaffenen Vermögenswerte gegenüber. Damit überschreiten die Schulden das städtische Vermögen in voller Höhe von 242,3 Millionen Euro, das ist eine Verschlechterung um 269,8 Millionen Euro. Sieht so eine Haushaltssanierung aus?



Und die laufenden Ausgaben? Stolz gibt Dr. Hoffmann an, dass die Einnahmen in diesem Jahr um 1,1 Millionen Euro höher als die Ausgaben sein werden. Er vergisst allerdings zu erwähnen, dass aus diesem „Überschuss“ alle Anschaffungen finanziert werden müssen, die die Stadt so tätigt – Computer, Fahrzeuge, technische Geräte, Neubauten wie die neuen Schulsportanlagen. Dafür reichen diese gut 1 Millionen Euro bei weitem nicht aus. Zur Finanzierung müssen zusätzlich Darlehen aufgenommen werden. Die aber haben eine erheblich längere Laufzeit als die Lebensdauer der mit diesem Geld angeschafften Geräte und Gebäude. Schon das allein zeigt, dass von einer Haushaltssanierung nicht die Rede sein kann.

Die Wirklichkeit ist aber noch trauriger. Denn es gibt noch die laufenden Verluste der Braunschweiger Verkehrs-AG, der Stadthalle und der städtischen Bäder.

Allein diese drei Verlustträger belasten die Stadt mit jährlichen Kosten von mindestens 30

Millionen Euro. In der Vergangenheit wurden diese Ausgaben auch offen und ehrlich im städtischen Haushalt verbucht. Unter der Regie von CDU-OB Dr. Hoffmann werden diese Ausgaben im Wirtschaftsplan der Stadtwerke Braunschweig GmbH versteckt. Dort stehen ihnen allerdings keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. In wenigen Jahren werden diese Verluste die dort noch vorhandenen Vermögenswerte aufgebraucht haben. Dann ist die Stadt so pleite, dass nicht einmal Dr. Hoffmann diese Tatsache vor der Welt verbergen könnte.

Das alles ist so offensichtlich, dass man sich fragen muss, wie es Dr. Hoffmann gelungen ist, sich so lange als Haushaltssaniierer darzustellen. Hat er auch für seine „Sanierungsleistungen“ das Prädikat „Ungenügend“ verdient, so muss man ihm im Fach Selbstdarstellung des Prädikat „Brilliant“ zuerkennen. Das rettet die städtischen Finanzen allerdings leider nicht.

Wer zahlt schon gerne Steuern?

■ Viele Lohn- oder Gehaltsempfänger ärgern sich, wenn sie auf der monatlichen Abrechnung sehen, wie viel Steuern von ihrem Einkommen abgezogen werden.

Entsprechend erfreut ist man über jede Steuersenkung, und verärgert wenn Steuern erhöht werden. Sparmaßnahmen werden angemahnt. Eine „Verschlankung“ des Staates wird in den Medien gefordert, und viele Leute stimmen zu.

Doch dann erfährt man, dass die Zuschüsse für den regionalen Bahnverkehr gekürzt werden sollen, was zwangsläufig zu Preiserhöhungen oder Einschränkungen im Bus- und Bahnverkehr führen muss.

Der in den Schulen herrschende Lehrermangel führt zu schlechterer Bildung unserer Kinder. Auch dies ist eine Folge von Sparmaßnahmen.

Und drastische Einsparungen bei der Polizei haben schwer wiegende Folgen, über die wir ausführlich berichtet haben.

Nur noch am Rande sei daran erinnert, dass Oberbürgermeister Hoffmann seine Sparmaßnahmen mit der Schließung wichtiger Sozialrichtungen der Stadt eingeleitet hat.

Leidtragende bei allen Kürzungen sind immer die sozial Schwächeren. Wohlhabende benötigen keine Sozialeinrichtungen und fahren nicht mit Bussen oder Regionalbahnen. Kein Wunder, dass die FDP als Partei der Besserverdiener am lautesten Steuersenkungen fordert.

Koalition der Vernunft

Von Dr. Carola Reimann MdB

■ Zwei Monate nach der Bundestagswahl ist die zweite große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik besiegelt. Klar ist: dies ist nicht die Konstellation, für die wir gekämpft haben und die wir uns gewünscht hatten. Klar ist aber auch, dass das Wahlergebnis letztlich keine andere stabile Konstellation zuließ.

Die Unterzeichnung des Koalitionsvertrages ist der Abschluss eines wochenlangen, sehr schwierigen Verhandlungsmarathons zwischen uns und der Union. Nun gehen wir als Sozialdemokraten auf Augenhöhe in diese Koalition – dabei ist nicht zu vergessen, dass wir viele unserer Vorstellungen in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnten.

Die Menschen erwarten jetzt von uns, dass wir gemeinsam die dringendsten Probleme angehen. Wir können uns keinen Stillstand leis-



Wieder für uns im Bundestag:
Dr. Carola Reimann

ten, denn das bedeutet Rückschritt. Deutschland braucht dagegen mehr wirtschaftliche Dynamik, aber unter Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dafür bietet der Koalitionsvertrag eine solide Grundlage.

Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch nicht getrocknet, schon traten reihenweise die Kritiker und Nörgler aller Couleur auf den Plan, die immer vorher schon vorgeben zu wissen, wie es besser geht. Für sie sind der Koalitionsvertrag und die Koalition schon jetzt im vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der Vertrag zwischen SPD, CDU und CSU bietet eine gute Grundlage für eine Politik der Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD wird einen nachvollziehbaren und starken Beitrag leisten, damit wirtschaftliche Erfordernisse mit dem sozialen Zusammenhalt und den Anforderungen der Zukunft in einer klugen Balance gehalten werden.

Gemäldesammlung und Fachhochschule in Braunschweig

Das Wolfsburger Ehepaar Dr. Hans-Joachim und Elisabeth Bönsch will der Stadt Braunschweig seine Kunstsammlung „schenken“. Diese etwa 3 500 Objekte umfassende Sammlung mit Werken vor allem der Klassischen Moderne soll zunächst als Sonderausstellung im Städtischen Museum gezeigt werden, um dann – nach Umzug des Stadtarchivs in das ECE-Center im Schlosspark – in dessen freiwerdende Räume einzuziehen.

Kein Zweifel daran, dass der Erwerb dieser Sammlung und deren ständige Präsentation eine Bereicherung auch für das an kulturellen Attraktionen gewiss nicht arme Oberzentrum Braunschweig wäre. Man denke nur an das Herzog-Anton-Ulrich-Museum, dessen herausragende Kunstausstellungen noch viel höhere Resonanz verdienen, als sie in unserer Stadt finden.

So hat sich neben Braunschweig auch eine Vielzahl anderer Städte darum beworben, den Zuschlag für die Sammlung zu erhalten. Letztlich siegte Braunschweig, weil die Stadt dem Stifterehepaar zusicherte, erhebliche finanzielle Anstrengungen zu unternehmen, die Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das ist durchaus eine respektable Entscheidung, wenn sie denn unter Abwägung aller Vor- und Nachteile zustande gekommen ist. Daran darf jedoch durchaus gezweifelt werden.

Diejenigen, die die besonderen Braunschweiger Verhältnisse nicht kennen, mag zunächst verwundern, dass eine Entscheidung der politischen Gremien zur Zeit zwar noch gar nicht gefallen ist, deren Zustimmung von der Verwaltung aber als sicher vorausgesetzt wird. Da die Ratsmehrheit von CDU und FDP alle Vorschläge von CDU-OB Dr. Hoffmann sowieso abnickt, kann diese Voraussetzung wohl als erfüllt gelten, unabhängig von der Meinungsbildung in den Oppositionsparteien.

Und weil der Haushalt der Stadt, wenn man den Pressemitteilungen Dr. Hoffmanns glaubt, schon seit Jahren saniert, saniert, ja geradezu übersaniert ist, müsste es der Stadt auch leicht möglich sein, die finanziellen Mehrbelastungen durch die Annahme der Kunstsammlung zu tragen. Dem ist natürlich nicht so. Und so wird Braunschweig wahrscheinlich die Fachhochschule für Sozialarbeit verlieren. Sie wird nach Wolfenbüttel abwandern, weil es der Stadt angeblich nicht möglich ist, finanzielle Zugeständnisse zur Unterbringung dieser Bildungseinrichtung zu machen.

Abgesehen davon, dass eine Fachhochschule ein wichtiges Aushängeschild für ein Oberzentrum ist, ist eine solche Einrichtung auch ein erheblicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor. Das weiß natürlich auch CDU-OB Dr. Hoffmann. Man stelle sich einmal vor, welches Jubelgeschrei im Rathaus ausgebrochen wäre, wenn es geklappt hätte, eine solche Einrichtung neu nach Braunschweig zu holen, und was die Stadt als Gegenleistung dann wohl eingebracht hätte!

Vor diesem Hintergrund bleibt ein sehr bitterer Beigeschmack bei der Einrichtung der Kunststiftung. Es ist zu hoffen, dass Stadtverwaltung und Ratsmehrheit doch noch das gleiche ideelle und finanzielle Engagement auch für den Erhalt der Fachhochschule aufwenden.



■ 1 300 Studentinnen und Studenten und zahlreiche Arbeitsplätze gibt es an der Fachhochschule an der Ludwig-Winter-Straße. Sie müssen für Braunschweig erhalten bleiben!
Foto: Alexander Gräbner

Braunschweig – lebenswert auch im Alter

SPD im Rat setzt sich für Weiterentwicklung der Altenhilfe in Braunschweig ein

**Von Gabriele Hübner,
Vorsitzende des Sozialausschusses
im Rat der Stadt**

Demografische und gesellschaftliche Veränderungen stellen auch Kommunen wie Braunschweig vor neue Herausforderungen. Die heute am stärksten besetzte Altersgruppe der 30-50-Jährigen wird im Jahr 2030 zwischen 60 und 80 Jahre alt sein.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat auf Initiative der SPD-Ratsfraktion im Juli 2004 beschlossen die Braunschweiger Altenhilfeplanung fortzuschreiben.

Zur Erinnerung: bis 1989 gab es in Braunschweig eine durch den Rat beschlossene Planung für die ältere Generation, die bundesweit viel Beachtung fand und vieles geleistet hat. Hieraus sind beispielsweise die Gerontopsychiatrische Beratungsstelle beim Verein „ambet“ sowie die mittlerweile flächendeckend arbeitenden Nachbarschaftshilfen hervorgegangen.

Für eine Fortschreibung des Altenhilfeplanes müssen heute viele neue Fragen beantwortet werden: Wie groß ist der Spielraum der Kommune bei der Gestaltung der Altenhilfe? Kann eine enge Vernetzung mit allen relevanten Gruppen, wie den freien Trägern der Wohlfahrtsverbände und den kirchlichen Einrichtungen, erreicht werden? Wie sinnvoll sind zum Beispiel eine stadtteilorientierte Planung von Wohn- und Pflegeeinrichtungen basierend auf einen Ratsbeschluss? Sollte der freie Markt allein das Geschehen bestimmen oder sind Vorgaben der Stadt für eine ausgewogene Altenhilfeplanung notwendig?



Das Thema Altenhilfe stand für sie im Vordergrund. Ratsfrauen Gabriele Hübner (2.v.l.) und Astrid Henkel im Gespräch mit Wolfgang Störig, SPD 60plus, und Holger Fricke, Arbeiterwohlfahrt (rechts).
Foto: Alexander Gräbner

Die Verwaltung führte Veranstaltungen und fünf Arbeitsgruppen zu dieser Fragestellung durch. Etwa 200 Bürgerinnen und Bürger aus Braunschweig beteiligten sich. Wir Politiker möchten allen für das große Engagement in dieser Sache danken.

Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind dem Sozialausschuss des Rates in einer Sondersitzung am 13. Oktober vorgestellt worden, die nach eingehender Diskussion von allen begrüßt wurden.

Die Arbeitsgruppen haben Leitbilder zu den Punkten offene Altenhilfe, Prävention, Wohnen, Pflege und Migranten entwickelt und folgende Leitsätze vorangestellt:

▶ Ältere Menschen im Braunschweig der Zukunft engagieren sich kulturell und gesellschaftlich und haben uneingeschränkt teil am Leben in der Gesellschaft.

▶ Sie leben selbstbestimmt, gleichberechtigt zu den anderen Generationen, unter Wahrung ihrer kulturellen Identität, in selbst gewählten Gemeinschaften und sicheren Nachbarschaften.

▶ Diese Grundvoraussetzung ändert sich auch nicht im Falle von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.

▶ Hilfe und Pflege richten sich nach den Bedürfnissen der älteren Menschen und beziehen die Familie und das soziale Umfeld ebenso ein wie professionelle Dienste, die für alle erreichbar zur Verfügung stehen.

Diese Leitbilder können und sollen aber nur der Anfang eines längeren Diskussionsprozesses sein, der jetzt als Grundlage der weiteren Arbeit angesehen und mit Leben erfüllt werden muss.

Eine zukunftsorientierte Politik muss besonderes Gewicht auf das Miteinander der Generationen legen und Wege aufzeigen, die zur Erreichung dieses Zieles einzuschlagen sind.

Ein frohes Fest und ein gesundes neues Jahr 2006



wünscht die
Braunschweiger SPD

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Manfred Pesditschek

Druck: Igel-Druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 35 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD